

Matthias Begenat

Öffentlichkeit – für alle?

Themen und Informationsrepertoires
in politischen Milieus



Springer VS

Öffentlichkeit – für alle?

Matthias Begeat

Öffentlichkeit – für alle?

Themen und Informationsrepertoires
in politischen Milieus

Matthias Begenat
Düsseldorf, Deutschland

Das vorliegende Buch ist eine geringfügig veränderte Fassung der im März 2015 an der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf eingereichten Dissertation „Die Teilhabe an öffentlicher Kommunikation in politischen Milieus. Informationsrepertoires und Themenwahrnehmung im politisch-weltanschaulichen Kontext.“

D61

ISBN 978-3-658-11285-1 ISBN 978-3-658-11286-8 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-11286-8

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Dank

Die vorliegende Arbeit wurde als Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf eingereicht. Entstanden ist sie in meiner Zeit im Graduiertenkolleg ‚Linkage in Democracy. Politische Repräsentation in heterogenen Gesellschaften‘ (LinkDe) des Instituts für Sozialwissenschaften. Für die veröffentlichte Fassung wurden nur geringfügige Änderungen vorgenommen.

Zum Gelingen des Projekts haben zahlreiche Personen auf ganz unterschiedliche Art und Weise beigetragen. Bei ihnen möchte ich auf diesem Wege sehr herzlich bedanken. Mein größter Dank gilt den Betreuern und Gutachtern des Dissertationsprojekts. Prof. Ralph Weiß danke ich für die große Unterstützung während unserer langjährigen Zusammenarbeit, seinen umsichtigen fachlichen Rat und das immer motivierende Zu- und Vertrauen, das er in mich und meine Arbeit gesetzt hat. Seine besondere Fähigkeit, Freude am gründlichen Nachdenken über gesellschaftliche Fragestellungen zu vermitteln, hat mich stets ermutigt. Prof. Ulrich Rosar danke ich für seine wertvollen fachlichen Rückmeldungen ebenso wie für sein großes Engagement und aufmunternde Worte. Für ihre immer konstruktiven und hilfreichen Anregungen sowie für ihre Beteiligung im Betreuungs- und Promotionsverfahren sei zudem Prof. Christiane Eilders, Prof. Gerhard Vowe sowie Prof. Olaf Jandura gedankt.

Frauke König und Björn Klein haben wichtige Korrekturhinweise zu einem früheren Manuskript der Arbeit geliefert. Ihnen danke ich sehr herzlich für ihre große Mühe, Zuverlässigkeit und äußerste Sorgfalt und wünsche ihnen alles Gute für die Zukunft.

Mein besonderer Dank gilt zudem Josef F. Haschke für die freundschaftliche und gewinnbringende Zusammenarbeit während unserer Projekte. Raphael Kösters danke ich für seine Unterstützung bei der Erhebung.

Beiden wünsche ich viel Erfolg für ihre Forschungsvorhaben und Dissertationen.

Danken möchte ich darüber hinaus allen Professorinnen und Professoren sowie allen Kolleginnen und Kollegen, die im Rahmen des Graduiertenkollegs LinkDe zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Ich bin froh, ein Teil des Kollegs gewesen sein zu dürfen und wünsche allen LinkDe'lern einen erfolgreichen Abschluss ihrer Projekte und alles Gute für die Zukunft.

Ein herzlicher Dank für die wichtige und immer kollegiale Unterstützung und Zusammenarbeit gilt ebenso allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Abteilung der Kommunikations- und Medienwissenschaft – allen voran Merja Mahrt und Susanne Keuneke.

Meiner Kollegin, guten Freundin und Politikwissenschaftlerin Katharina 'Ina' Gerl danke ich für viele vertrauensvolle Gespräche und abwechselnd erholsame oder anregende Mittagspausen.

Bedanken möchte ich mich darüber hinaus bei den Personen, die in der Phase der Promotion viel Verständnis aufgebracht haben, die mir den Rücken freigehalten und mich gestärkt haben. Ein herzlicher Dank gilt meiner Familie und insbesondere meinen Eltern – ohne deren Vertrauen ich den eingeschlagenen Weg wohl kaum hätte beschreiten können. Meiner Freundin Lena bin ich für ihre kompromisslose Unterstützung und scheinbar grenzenlose Geduld tief verbunden.

Düsseldorf, im Juni 2015

Matthias Begenat

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------|--|------------|
| 1 | Einleitung | 1 |
| 1.1 | Problemaufriss und Einordnung..... | 1 |
| 1.2 | Aufbau der Arbeit..... | 12 |
| 2 | Repräsentation durch kommunikative Teilhabe in der politisch heterogenen Gesellschaft | 15 |
| 2.1 | Demokratie- und öffentlichkeitstheoretische Grundlagen | 15 |
| 2.2 | Politische Repräsentation durch Teilhabe an öffentlicher Kommunikation..... | 23 |
| 2.3 | Gesellschaftliche und politische Heterogenität | 44 |
| 2.3.1 | Identität und Identifikation politischer Milieus | 44 |
| 2.3.2 | Entfaltung der lebensweltlichen Grundlage der kommunikativen Teilhabe..... | 58 |
| 2.4 | Kommunikative Bedingungen der Repräsentation in der heterogenen Gesellschaft | 81 |
| 2.4.1 | Wahrgenommene Transparenz und Relevanz | 81 |
| 2.4.2 | Interessenrepräsentation..... | 84 |
| 2.4.3 | Gemeinsame Agenda | 85 |
| 2.5 | Kommunikative Teilhabe in politischen Milieus..... | 88 |
| 2.5.1 | Wahrgenommene Transparenz und Relevanz – Dimensionen der Erhebung..... | 88 |
| 2.5.2 | Interessenrepräsentation – Dimensionen der Erhebung..... | 119 |
| 2.5.3 | Gemeinsame Agenda – Dimensionen der Erhebung.. | 130 |
| 3 | Methodische Vorgehensweise | 133 |
| 3.1 | Begründung der qualitativen Vorgehensweise..... | 133 |
| 3.2 | Die Samplingstrategie des qualitativen Stichprobenplans..... | 136 |
| 3.3 | Erhebungsinstrumente..... | 142 |
| 3.3.1 | Screeningbogen..... | 143 |
| 3.3.2 | Problemzentriertes Face-to-Face-Interview | 144 |
| 3.3.3 | Halbstandardisiertes Telefoninterview | 148 |
| 3.4 | Feldzugang und Durchführung der Erhebung..... | 151 |
| 3.4.1 | Rekrutierung..... | 151 |
| 3.4.2 | Durchführung der Interviews..... | 158 |
| 3.5 | Untersuchungsziele und inhaltsanalytische Auswertung..... | 162 |

| | | |
|----------|---|------------|
| 4 | Empirische Befunde..... | 167 |
| 4.1 | Die milieuspezifische Teilhabe an öffentlicher Kommunikation..... | 167 |
| 4.1.1 | Die Marktorientierte Elite | 169 |
| 4.1.2 | Die Sozial Engagierten..... | 181 |
| 4.1.3 | Die Sozial Autoritären..... | 193 |
| 4.1.4 | Die Gemäßigt Markt-Autoritären | 204 |
| 4.1.5 | Die Verdrossen Distanzierten | 211 |
| 4.2 | Prüfung der kommunikativen Bedingungen politischer Repräsentation | 222 |
| 4.2.1 | Wahrgenommene Transparenz und Relevanz – Milieuspezifische Einsichten..... | 222 |
| 4.2.2 | Interessenrepräsentation – Milieuspezifische Anliegen..... | 241 |
| 4.2.3 | Gemeinsame Agenda – Milieutypische Themenhorizonte | 253 |
| 5 | Resümee | 273 |
| 5.1 | Zusammenfassung..... | 273 |
| 5.2 | Reflektion des methodischen Vorgehens | 293 |
| 5.3 | Ausblick..... | 299 |
| 6 | Literaturverzeichnis | 313 |
| | Anhang..... | 337 |
| | Anhang 1: Screeningbogen | 337 |
| | Anhang 2: Interviewleitfäden | 341 |
| | Anhang 3: Kategoriensystem der Inhaltsanalyse..... | 349 |

Abbildungsverzeichnis

| | | |
|---------------------|--|-----|
| <i>Abbildung 1:</i> | Merkmalsraum politischer Milieus | 79 |
| <i>Abbildung 2:</i> | Ebenen der Auswahlentscheidung..... | 96 |
| <i>Abbildung 3:</i> | Hierarchische Organisation von Issue-Schemata | 117 |
| <i>Abbildung 4:</i> | Merkmalsraum politischer Milieus (dichotomisierte Achsen)..... | 139 |

Tabellenverzeichnis

| | | |
|--------------------|---|-----|
| <i>Tabelle 1:</i> | Systematik medienvermittelter Information..... | 92 |
| <i>Tabelle 2:</i> | Qualitativer Stichprobenplan | 142 |
| <i>Tabelle 3:</i> | Übersicht über die rekrutierten Studienteilnehmer | 155 |
| <i>Tabelle 4:</i> | Milieuzuteilung der Studienteilnehmer..... | 158 |
| <i>Tabelle 5:</i> | Verständnis der Staatsbürgerrolle und eigene politische Rolle..... | 226 |
| <i>Tabelle 6:</i> | Informationsrepertoires der politischen Milieus | 230 |
| <i>Tabelle 7:</i> | Interpersonale politische Kommunikation der Milieus | 233 |
| <i>Tabelle 8:</i> | Themenstrukturen der politischen Milieus | 239 |
| <i>Tabelle 9:</i> | Bewertung der Repräsentanten und verhandelte Anliegen.. | 252 |
| <i>Tabelle 10:</i> | Bedeutsame Probleme der politischen Milieus | 256 |
| <i>Tabelle 11:</i> | Quellen politischer Information der politischen Milieus | 260 |
| <i>Tabelle 12:</i> | Aktuelle Themen und dominante Frames der Milieus | 264 |
| <i>Tabelle 13:</i> | Kenntnis und Akzeptanz gegnerischer Positionen der politischen Milieus..... | 269 |
| <i>Tabelle 14:</i> | Milieuspezifische Teilhabe an öffentlicher Kommunikation..... | 289 |

1 Einleitung

1.1 Problemaufriss und Einordnung

Die Prinzipien der politischen Repräsentation und der politischen Öffentlichkeit sind in modernen Demokratien untrennbar miteinander verbunden. Politische Repräsentation, zunächst einmal verstanden als zeitlich begrenzte Delegation von Entscheidungsbefugnissen von wahlberechtigten Bürgern auf gewählte Volksvertreter (Kevenhörster, 1998, S. 292ff.; Gusy, 1989, S. 271), bildet das Herzstück komplexer, liberaler Demokratien, das als zentraler Mechanismus die Entscheidungen der Repräsentanten an den Willen des Volkes bindet (Weßels, 2009, S. 833; Kühne, 2013, S. 459). Dazu ist demokratische Repräsentation auf politische Öffentlichkeit angewiesen (Gerhards, 1998b, S. 269; Kevenhörster 1998, S. 292). Denn erst öffentliche Kommunikation macht das politische Entscheidungshandeln der Repräsentanten für die Bürger¹ einsehbar und kontrollierbar und sorgt so dafür, dass Politik dauerhaft zustimmungsabhängig und begründungspflichtig wird. Öffentlichkeit schafft damit Rationalität und Legitimierung, im Sinne einer sachlich abgewogenen, sozialen Anerkennung der Entscheidungen politischer Repräsentanten (Sarcinelli, 1998, S. 253ff.). Die zentralen Foren der öffentlichen Kommunikation sind dabei die Massenmedien (Wessler & Rinke, 2013, S. 639).

Öffentliche Kommunikation gilt demnach als das zentrale, verbindende Element der politischen Repräsentation. Nur über öffentliche Kommunikation kann die Vermittlung von Politik in modernen, ausdifferenzierten und großen Demokratien stattfinden und überhaupt erst ein Repräsentationsverhältnis zustande kommen, das die gesellschaftliche Basis mit dem politisch-

1 Aufgrund der besseren Lesbarkeit werden in der vorliegenden Arbeit weibliche Formen nicht explizit angeführt. An dieser Stelle sei jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich grundsätzlich alle personenbezogenen Formulierungen gleichermaßen auf Frauen und Männer beziehen.

administrativen System verbindet (Gerhards & Neidhardt, 1990; Neidhardt, 1994). Erst durch öffentliche Kommunikation werden politische Entscheidungsprozesse top-down für die Bürger wahrnehmbar und in anderer Richtung Problemsichten und Erwartungen aus der Gesellschaft in das politische System hinein vermittelt (Neidhardt, 2005; Kevenhörster, 1998; Marschall & Weiß, 2011). Die notwendige aber nicht hinreichende Grundvoraussetzung für Repräsentation stellt dabei vor allem anderen die Transparenz von Politik dar. Öffentliche Kommunikation muss Politik einsehbar, verständlich und nachvollziehbar machen. Wenn dies gelingt, kann die kommunikative Rückkopplung der Repräsentanten an die Bürger sichergestellt werden. Die Pluralität von thematischen Anliegen und Positionen ist eine weitere Voraussetzung, die insbesondere für das Vertrauen in die Responsivität der politischen Repräsentanten wichtig ist. Um sich aufgehoben zu fühlen, müssen Bürger ihre Probleme und Sichtweisen in der öffentlichen Agenda der Massenmedien wiederfinden. Auch die gesellschaftsweite Diskussion relevanter Problemstellungen ist Aufgabe der Öffentlichkeit. Um unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung integrieren zu können, muss öffentliche Kommunikation Prozesse der politischen Meinungsbildung so vermitteln, dass „die gesellschaftlich relevanten Themen mit bzw. im Horizont *aller* Bürger diskutiert werden“ (Gerhards, 1998a, S. 40, Hervorhebung im Original). So sollen Bürger (zumindest teilweise) übereinstimmend relevante Themen und die dazugehörigen konkurrierenden Positionen wahrnehmen können.

In Bezug auf die Teilhabe der Bürger an öffentlicher Kommunikation werden in modernen, heterogenen Gesellschaften immer wieder vor allem zwei zentrale Entwicklungstendenzen ausgemacht (Bennett & Iyengar, 2008; Imhof, 2012). Neben eine Ausdifferenzierung des Mediensystems, die zu immer vielfältigeren Wahlmöglichkeiten führt (Prior, 2005, S. 577), tritt demnach eine gesellschaftliche und politische Diversifizierung von Gruppen und deren Interessen. Als Konsequenz sieht Imhof (2012) Medienangebot und

Mediennutzung durch gleichzeitige Stratifizierungs- und Segmentierungsprozesse geprägt. Medien richten sich an unterschiedlichen Zielgruppen aus und bieten in Inhalt und Form sehr unterschiedliche Nachrichtenrepertoires an, die in ebenso diversen, durch die Medien geprägten „Aufmerksamkeitshorizonten“ (S. 32) der Nutzer münden (siehe auch Thomä, 2014, S. 46f.). So verleihen Medien mit Qualitätsanspruch der kognitiven Sachverhaltsdimension und Fragen nach Normen und Werten mehr Bedeutung, während andere Medien, die vor allem von niedrigeren Einkommens- und Bildungsschichten sowie von jüngeren Jahrgängen rezipiert werden (Gratis- und Boulevardzeitungen, Online-Newssites, soft news), „eine moralisch-emotional aufgeladene Empörungsbewirtschaftung“ bei politischen Issues befördern (Imhof, 2012, S. 32).

In ähnlicher Weise unterscheiden Bennett & Iyengar (2008) für die USA zwei sich überlagernde Prozesse, die der übergreifenden Kenntnisnahme von Themen und Positionen entgegenstehen: Stratifikation und Segmentierung. Während die Stratifikation dabei das vertikale Auseinanderdriften der politisch Interessierten und Politikfernen beschreibt, bezieht sich der Begriff der Segmentierung auf die horizontale Diversifizierung der Mediennutzung entlang politischer Präferenzen innerhalb einer Gruppe von Interessierten oder Desinteressierten (S. 717ff.). Auch für Deutschland „nähren die steigenden Wahlmöglichkeiten im politischen Informationssystem [...] Befürchtungen einer ebenso ansteigenden selektiven Zuwendung zu Medieninhalten, die den eigenen politischen Vorlieben entsprechen“ (Wessler & Rinke, 2013, S. 646). Darüber hinaus entstehen ebenso immer vielfältigere Möglichkeiten, politische Angebote vollständig zu vermeiden. Dass die Tendenzen in Deutschland – etwa aufgrund einer geringer ausgeprägten Polarisierung im Mediensystem oder durch die zentrale Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – deutlich abgeschwächer ausfallen als in den USA, für die bereits voneinan-

der „abgeschottete Enklaven politisch Gleichgesinnter“ ausgemacht werden², kann vermutet werden (Wessler & Rinke, 2013, S. 648). Gesichert ist dies aber keineswegs (Wessler & Rinke, 2013, S. 648; ähnlich auch Trilling, 2014, S. 88f.).

Aus den skizzierten Überblicksdarstellungen, die die Entwicklungen thesenartig schildern, kann für die empirische Bearbeitung der Problemstellung der konzeptionelle Schluss gezogen werden, bei der Analyse politischer Informationsnutzung sowie der Wahrnehmung gesellschaftlich relevanter Themen von einer vormedialen Differenzierung der Gesellschaft auszugehen. Marschall & Weiß (2011) schlagen entsprechend vor, die gesellschaftliche Differenzierung als Rahmenbedingung und Bezugspunkt für die Analyse politischer Kommunikation zu sehen (S. 15ff.). Diese Perspektive rückt „handlungsleitende Weltanschauungen“ politischer Milieus ins Blickfeld (Weiß, 2013, S. 208). Angehörige eines politischen Milieus ähneln sich in ihrer politischen Weltanschauung. Sie teilen also Vorstellungen darüber, welche gesellschaftsgestaltenden Prinzipien in der Politik grundsätzlich Anwendung finden sollten (Hradil, 2006, S. 4; Neugebauer, 2007, S. 68). Die milieuspezifische Haltung gegenüber Politik ist dabei geprägt durch die jeweilige soziale Position innerhalb der Gesellschaft (Marschall & Weiß, 2011, S. 16). Die vorliegende Studie macht sich die vorgeschlagene Differenzierung entlang politisch-weltanschaulicher Milieus zu eigen und untersucht das Zusammenspiel von politischen Grundüberzeugungen, individuellem Informations- und Kommunikationsverhalten, von der Wahrnehmung von Themen und politischen Bewertungen. Dabei wird insbesondere der lebensweltliche Kontext berücksichtigt, in den die Dimensionen *subjektiv sinnvoll* eingebettet

2 Besonders wenn die Ausweitung des Angebots und der Kampf um die Aufmerksamkeit des Publikums weiter wächst, vermuten Iyengar & Hahn (2009) eine wachsende Ausdifferenzierung und Polarisierung des Mediensystems entlang (politischer) Zielgruppen (S. 33f.). Das Mehr an Information führt dann in Kombination mit den deutlich stärker positionierten politischen Angeboten dazu, dass Personen sich wesentlich leichter einstellungskonsistenten Inhalten zuwenden können.

sind. Die Teilhabe an öffentlicher Kommunikation wird als Voraussetzung für die politische Repräsentation verstanden. Sie wird – entlang der Differenzierung nach politischen Weltanschauungen – daraufhin untersucht, inwiefern sie in ihrer jeweiligen Ausgestaltung zu einer positiven Wahrnehmung des politischen Repräsentationsverhältnisses beitragen kann. Damit kommt die Arbeit den sich in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung zur politischen Öffentlichkeit mehrenden Forderungen nach, „die öffentlichkeitsrelevanten Leistungen [...] in Zukunft stärker für bestimmte Medientypen und Segmente der Bevölkerung differenziert“ zu analysieren, um den sich verändernden Bedingungen einer ausdifferenzierten, heterogenen Gesellschaft und eines ausdifferenzierten Mediensystems gerecht zu werden (Wessler & Rinke, 2013, S. 648; ähnlich auch Weiß, 2009, S. 3; Graber, 2005, S. 496). Die gewählte vormediale Unterscheidung der Studie hebt sich dabei von Arbeiten ab, die für die Differenzierung von Gruppen die politische Informationsnutzung selbst heranziehen (etwa Emmer, Fütting & Vowe, 2006). Die vorliegende Arbeit versucht so zu klären, welche „handlungsleitende[n] Erwartungen an die Politik“ dem politischen Kommunikationsverhalten unterlegt sind (Weiß, 2013, S. 216) und „betont die Bedeutung der Lebenslage und der Alltagsanforderungen für die Herausbildung von Informationsrepertoires“ (Hasebrink & Hölig, 2014, S. 21).

In der Problemstellung verbinden sich Prozesse der sozialen, politischen und medialen Heterogenisierung und Ausdifferenzierung. Es wird untersucht, welche Konsequenzen diese für das Verhältnis politischer Repräsentation haben.³ Die Fragestellung, inwiefern die milieudifferente Teilhabe an öffentlicher Kommunikation zu einer positiven Wahrnehmung des politischen Repräsentationsverhältnisses beitragen kann oder dieser eher abträg-

3 Da die Arbeit die gesellschaftliche Diversifizierung lediglich zu einem Zeitpunkt erfasst und untersucht und somit keine Aussagen über langfristige Entwicklungen oder zeitliche Prozesse treffen kann, soll im Folgenden jeweils lediglich von Heterogenität gesprochen werden.

lich ist, gewinnt in einer ausdifferenzierten, heterogenen, modernen Gesellschaft an Gewicht. Zum einen wächst die Bedeutung der Vermittlung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten, die über öffentliche Kommunikation hergestellt wird, in dem Maße, in dem sich die institutionellen Bindungen der politischen Repräsentation zwischen gesellschaftlichen Milieus und politischen Parteien auflösen (Marschall & Weiß, 2011, S. 18). Sei es durch Prozesse des (vollständigen) Dealignment, als dessen wesentliche Ursache wiederum die tief greifende gesellschaftliche Heterogenisierung ausgemacht wird (Dalton & Rohrschneider, 1990; Dalton & Wattenberg, 2000), oder sei es auch nur in der Form, die Parteien eher öffentlich als über ihre traditionellen Strukturen agieren lässt (Marschall & Weiß, 2011, S. 18).⁴ Zum anderen wird die Betrachtung der Frage relevanter, weil die politische und mediale Heterogenisierung auch die soziokulturellen Grundlagen für die Teilhabe an öffentlicher Kommunikation selbst verändern. Politikvermittlung in der repräsentativen Demokratie – oder genauer die Rückbindung der Repräsentanten an die Repräsentierten über öffentliche Kommunikation – wird insgesamt komplexer und „ihr Gelingen kontingenter“ (Marschall & Weiß, 2011, S. 16).

Geht man davon aus, dass Menschen mit unterschiedlichen politischen Weltanschauungen auch unterschiedlich an öffentlicher Kommunikation teilhaben, dann ist zu klären, für wen Transparenz gegeben ist und wer seine Anliegen und Positionen von den Volksvertretern ernst genommen weiß. Problematisch könnte es sein, wenn sich die kommunikative Teilhabe auf engagierte Eliten beschränkt, während sich andere vollkommen von der politischen Sphäre abwenden. Für die gesellschaftsweite Diskussion relevanter Problemstellungen ist es entscheidend, zu klären, inwieweit gleiche Themen in den milieuspezifischen Kommunikationsräumen wahrgenommen werden.

4 Es wird nicht ausgeschlossen, dass auch andere intermediäre Organisationen, wie etwa eben Parteien, das Repräsentationsverhältnis zwischen politischer Führung und gesellschaftlicher Basis stützen können. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Form der öffentlichen Vermittlung zunehmend wichtiger wird.

Nachgegangen werden sollte auch der Frage, ob es bereits hermetische Räume gibt, in denen milieuspezifische Themen ohne wechselseitige Bezugnahme behandelt werden? Die Frage nach der milieuspezifischen Ausgestaltung der Teilhabe an öffentlicher Kommunikation kann demnach als notwendige Voraussetzung für eine positive Bewertung des politischen Repräsentationsverhältnisses verstanden werden. Sie berührt so das zentrale Element der repräsentativen Demokratie und offenbart damit unmittelbare gesellschaftliche Relevanz.

Grundsätzlich kann sich Forschung zur politischen Öffentlichkeit auf die Makro-, Meso- oder Mikroebene beziehen. Auf der Makroebene stehen dabei Fragen im Vordergrund, die die Beschaffenheit der massenmedialen Angebote über Inhaltsanalysen vermessen und begutachten, ob das Mediensystem die Funktionen politischer Öffentlichkeit erfüllt (Eilders, 2013, S. 329f.; Wimmer, 2011, S. 167). Auf der Mesoebene wird das Wirken politischer Akteure und deren Zugang zur politischen Öffentlichkeit untersucht (Eilders, 2013, S. 329f.). Die vorliegende Arbeit fokussiert hingegen über die kommunikative Teilhabe der Bürger die Mikroebene der politischen Öffentlichkeit. Nach Krotz (1998) kann die Teilhabe an Öffentlichkeit als Rezeption der Bürger von (massen-)medialer Öffentlichkeit verstanden werden. Diese kann die unterschiedlichsten Ausprägungen annehmen, so etwa das „emotionale Mitgehen bei human-interest-Schicksalen“, durch Medieninhalte angeregte interpersonale Kommunikation oder schlicht die Auseinandersetzungen mit politikbezogenen medialen Inhalten (S. 96f.). Der Fokus der Arbeit ist mit einer Perspektive verbunden, die den Bürgern eine aktive Rolle in den Prozessen der öffentlichen Kommunikation zuspricht. Gleichzeitig bricht sie mit dem Verständnis von Medienkommunikation als simplem „Informationstransport“ (Krotz, 1998, S. 96).

„The public sphere does not begin and end when media content reaches an audience; this is but one step in larger communication and cultural chains that include how the media output is received, made sense of and utilized by citizens.“ (Dahlgren, 2006, S. 274)

Auf Seiten der Bürger finden aktive Deutungsprozesse statt, die die medialen Deutungsangebote zwar grundsätzlich aufnehmen oder ablehnen können, aber viel wahrscheinlicher dazu führen, dass sich Bürger die medialen Deutungen vor dem Hintergrund ihrer eigenen Weltanschauung und ihres eigenen Erfahrungs- und Wissensbestandes aneignen (Krotz, 1998, S. 96; Neidhardt, 2001, S. 508). Die Nutzung und Rezeption von politikbezogenen Medienangeboten bedeuten demnach nicht nur die einfache Übernahme von Information und Sichtweisen, sondern immer auch deren Aneignung und Interpretation (Wimmer, 2011, S. 167). Aus dieser individuellen Perspektive bestimmen die Inhaltsanalysen, über die Dimensionen der medialen Angebote erfasst werden (etwa die vertretenen Akteure, Positionen oder Deutungsmuster) (Wimmer, 2011, S. 173), eher das *Potenzial* der medialen Öffentlichkeit, also deren *Deutungsangebote*, als deren eigentliche Vermittlungsfunktionen. Damit werden sie den Bedeutungskonstruktionen der Bürger nicht gerecht (Wimmer, 2011, S. 167f.). Im Hinblick auf die Wahrnehmung der politischen Repräsentation sind demnach nicht nur mediale Angebote, sondern in gleichem Maße die Teilhabe an öffentlicher Kommunikation bedeutsam. Durch die Auseinandersetzung mit medialen Inhalten vor dem Hintergrund ihrer Weltanschauungen sind die Rezipienten aktiv, über ihre Affekte, Kognitionen und ihr Handeln, an der Konstitution politischer Öffentlichkeit beteiligt (Krotz, 1998, S. 97; Wimmer, 2011, S. 167).

Die Problemstellung nimmt Bezug auf unterschiedliche Forschungsbereiche der Kommunikationswissenschaft und ihrer benachbarten Disziplinen. Zunächst ist sie in der empirischen Öffentlichkeitsforschung zu verorten. Der theoretische Rahmen der Arbeit wird durch die Theorie der Öffentlichkeit gesetzt. Auf der konzeptionellen Grundlage politischer Milieus wird die Teilhabe an öffentlicher Kommunikation untersucht und daraufhin geprüft, inwiefern die politischen Milieus politisches Entscheidungshandeln als verständlich und nachvollziehbar wahrnehmen, inwiefern sie ihre jeweiligen Anliegen öffentlich verhandelt sehen und ob politische Auseinandersetzung

im Aufmerksamkeitshorizont aller Milieus aufscheinen. Alle drei genannten Bedingungen der Teilhabe an öffentlicher Kommunikation sollen dazu beitragen, dass sich die einzelnen politischen Milieus jeweils angemessen politisch repräsentiert fühlen.

Die Arbeit wird im Ergebnis eine Typologie politischer Milieus erstellen, die eine inhaltlich breite und facettenreiche Charakterisierung der *milieutypischen* Teilhabe an öffentlicher Kommunikation liefert. So kann nachvollzogen werden, wie unterschiedliche politische Weltanschauungen zu unterschiedlichen Informationsrepertoires, Themenhorizonten und -deutungen führen können. Im Fokus stehen dabei eine milieutypische Sinnggebung sowie die milieuspezifische Bedeutung von politischen Themen, die in den lebensweltlichen Kontext eingebettet sind. Die Porträts der Milieus geben Auskunft darüber, inwiefern die Personen, die den Milieus zugeordnet sind, politische Auseinandersetzungen nachvollziehen können und ihre Anliegen und Positionen in der Agenda verhandelt sehen. Über den Vergleich der Milieus können schließlich Aussagen darüber formuliert werden, inwieweit über Milieugrenzen Themen sowie Kenntnis und Anerkennung gegnerischer Standpunkte geteilt werden oder sich differenzieren, und welche Rolle der milieutypische Zugriff auf Medieninhalte spielt. Die Studie ist dabei explorativ ausgerichtet und folgt konsequent dem Paradigma der qualitativen Sozialforschung. Generalisierende Aussagen, im Sinne von statistischen Verteilungen in der Bevölkerung, oder quantifizierende Befunde, etwa über die Stärke von Zusammenhängen, sind demnach nicht möglich, aber auch nicht Ziel der Arbeit.

Über engere Fachgrenzen hinaus können die Befunde der Studie die Milieubeschreibungen der politischen Soziologie ergänzen (Neugebauer, 2007; Vester et al., 2001), indem sie Informationen zur Charakterisierung der Teilhabe an öffentlicher Kommunikation liefern. Durch die Prüfung der Voraussetzungen werden aber auch aktuelle und zentrale Fragestellungen der Kom-

munikationswissenschaft berührt: In Bezug auf die Transparenz und Pluralität öffentlicher Kommunikation wird zum einen der Stratifikations- und Segmentierungsthese der Mediennutzung nachgegangen, die ihrerseits Ansätze der Wissenskluft und der selektiven Zuwendung zu Medieninhalten entlang politischer Vorlieben verbindet (Imhof, 2012; Bennett & Iyengar, 2008; Tichenor, Donohue & Olien, 1970; Norris, 2001; Knobloch-Westerwick, 2007; Knobloch-Westerwick, 2014). Darüber hinaus fordert diese, das „Differenzierungsvermögen“ der Sozialwissenschaften für die Analyse politischer Informationsnutzung einzusetzen (Imhof, 2012, S. 22ff.). Zum anderen weist die Arbeit – wenn auch schwächer ausgeprägt – Bezüge zur Agenda-Setting- und Framing-Forschung auf (Rössler, 2006; Dahinden, 2006; Matthes, 2014a), indem sie den weltanschaulichen Kontext näher bestimmt, in den Prozesse der Themenwahrnehmung und -aneignung eingebettet sind.⁵

Mit der Frage nach der gemeinsamen Wahrnehmung von Themen, ist die Problemstellung der Arbeit direkt an die zentrale Befürchtung der Fragmentierungsthese der Kommunikationswissenschaft anchlussfähig. Die vermutete Fragmentierung politischer Kommunikation wird in einer „Kettenhypothese“ formuliert, die die Ausdifferenzierung des Medienangebotes als Ursache für eine Zersplitterung des Publikums ausmacht. Diese läuft wiederum der Integration der Öffentlichkeit zuwider (Holtz-Bacha & Peiser, 1999, S. 42; Holtz-Bacha, 1997; Kleinen-von Königslöw, 2010, S. 24ff.). Die These wurde zunächst im Zusammenhang mit der Einführung des dualen Rundfunksystems artikuliert und fand in der voranschreitenden Ausdifferenzierung der traditionellen und elektronischen Medien ihre Fortschreibung (Katz, 1996; Holtz-Bacha, 1997; Gerhards, 1998a; Hasebrink, 1998, S. 355; Holtz-Bacha & Peiser, 1999; Rucht, 2010). Durch die Ausdifferenzierung der

5 Darüber hinaus nutzt die Arbeit weitere kommunikationswissenschaftliche Konzepte, um die Teilhabemuster an öffentlicher Kommunikation in den politischen Milieus zu charakterisieren. Namentlich greift sie auf den Ansatz der Informationsrepertoires nach Hasebrink (Hasebrink & Popp, 2006) sowie auf die Forschung zur interpersonalen politischen Kommunikation zurück (Wolling & Emmer, 2014; Boomgaarden, 2014).

Onlinemedien, deren wachsender Zielgruppenorientierung sowie durch die Algorithmen lernender Empfehlungssysteme, die den Nutzern hauptsächlich die Inhalte liefern, die sie in der Vergangenheit bereits rezipiert haben, erhielt die Fragmentierungsthese einen weiteren Schub (Hasebrink & Hölig, 2014, S. 22; Eilders, 2013, S. 336ff.; Stark, 2014, S. 37f.). Mittlerweile wird die Herausbildung hermetischer Kommunikationsräume sozialer Gruppen in Bezug auf die (politische) Online-Kommunikation unter den unterschiedlichsten Begriffen und Konzepten diskutiert: „Echo-Chambers“ (Garrett, 2009a), „Filter-Bubble“ (Pariser, 2011), „cyber-balkanization“ (Kobayashi & Ikeda, 2009), „Information Cocoons“ (Sunstein, 2008). Die Arbeit berücksichtigt neben der Ausweitung und Ausdifferenzierung des Medienangebots die Diversifizierung von gesellschaftlichen Gruppen und ihrer politischen Wertorientierungen. Diese könnte, wenn sie auf die ausdifferenzierten medialen Online- und Offlineangebote trifft und zu einer Auswahl entlang politischer Vorlieben führt, ihrerseits die Fragmentierung politischer Kommunikation verstärken. Die empirischen Befunde der Studie sollten Hinweise darauf geben, ob eine Fragmentierung politischer Kommunikation in differenten politisch-weltanschaulichen Milieus zu beobachten ist und welche Dimensionen diese gegebenenfalls kennzeichnen könnte.

Insgesamt wird durch die Typologie politischer Milieus das Makrophänomen der gesellschaftlichen Heterogenität – wenn auch mit der bereits erwähnten eingeschränkten Aussagekraft – auf der Individualebene beschreibbar. Dadurch werden Rückschlüsse ausgehend von der Beobachtung der Zusammenhänge von typischem weltanschaulichem Kontext, der Teilhabe an öffentlicher Kommunikation und Bewertungen gegenüber der politischen Führung auf der Individualebene auf die Makroebene möglich.

1.2 Aufbau der Arbeit

Um das skizzierte Vorhaben zu bearbeiten, geht die Arbeit wie folgt vor: Im 2. Kapitel werden zunächst die demokratie- und öffentlichkeitstheoretischen Bezugspunkte erläutert, um auf dieser Grundlage herauszuarbeiten, welche Bedeutung die Teilhabe an öffentlicher Kommunikation für das politische Repräsentationsverhältnis hat. In einem weiteren Schritt wird das Konzept der politischen Milieus vorgestellt, über das die politische Heterogenität der Gesellschaft in der Arbeit erfasst und abgebildet wird.

Im Anschluss daran werden in Kapitel 2.4 die Bedeutung der kommunikativen Teilhabe für politische Repräsentation und die politische Heterogenität der Gesellschaft zusammengeführt. Genauer werden auf der konzeptionellen Grundlage politischer Milieus Fragen formuliert, die an die kommunikative Teilhabe der jeweiligen Milieus zu stellen sind. Ziel ist es, zu ermitteln, welchen Beitrag die jeweilige Teilhabe an öffentlicher Kommunikation für das Repräsentationsverhältnis der jeweiligen Milieus leistet.

Über welche konkreten kommunikationswissenschaftlichen Ansätze und Konzepte die Teilhabe an öffentlicher Kommunikation letztlich empirisch erfasst werden soll, wird in Kapitel 2.5 dargelegt. Die einzelnen Ansätze werden sowohl bezüglich ihrer konzeptionellen Ausarbeitung als auch hinsichtlich ihrer empirischen Befunde und methodischen Konsequenzen für das Vorhaben erläutert. Letztlich wird so eine Sammlung der zu überprüfenden Dimensionen erstellt. Diese ermöglicht es, die jeweilige kommunikative Teilhabe der politischen Milieus umfassend zu beschreiben und die Bedeutung der Teilhabe für das Repräsentationsverhältnis zu bestimmen.

In Kapitel 3 wird die methodische Vorgehensweise begründet und anhand der einzelnen Schritte des Forschungsprozesses dargelegt. Im Einzelnen werden die Samplingstrategie, die einzelnen Erhebungsinstrumente, der Zugang zum Feld und die damit verbundene Rekrutierung sowie die Durchführung der Interviews erörtert. Das Methodenkapitel schließt mit der Darstellung der inhaltsanalytischen Auswertung des Interviewmaterials.

Die empirischen Befunde der Studie werden im 4. Kapitel in zwei Stufen vorgestellt. In einem ersten Schritt werden Charakterisierungen der politischen Milieus und ihrer kommunikativen Teilhabe präsentiert, die das Gesamtgefüge der Dimensionen und deren Zusammenspiel verdeutlichen. In einem zweiten Schritt wird – jeweils über die Kontrastierung der Milieubeschreibungen – die Bedeutung der Teilhabe an öffentlicher Kommunikation geprüft.

Im Resümee wird das Vorgehen der Arbeit samt ihrer zentralen Befunde zusammengefasst und eingeordnet. Darüber hinaus wird das methodische Vorgehen reflektiert. Abschließend wird in einem Ausblick erörtert, welchen Beitrag die Arbeit und ihre Befunde für die kommunikationswissenschaftlichen Forschungsansätze leisten können, die in der Studie verwendet werden.

2 Repräsentation durch kommunikative Teilhabe in der politisch heterogenen Gesellschaft

Das Vorhaben der Arbeit ist es, die Teilhabe an öffentlicher Kommunikation im Hinblick auf ihre Leistung für die Wahrnehmung politischer Repräsentation unter der Bedingung gesellschaftlicher Heterogenität zu analysieren. Zuerst ist es dazu notwendig, die Bedeutung der kommunikativen Teilhabe für das politische Repräsentationsverhältnis zu bestimmen und die dazu notwendige demokratie- und öffentlichkeitstheoretische Fundierung zu erläutern. Im Anschluss werden Überlegungen zum Konzept sowie zur lebensweltlichen Grundlage politischer Milieus vorgestellt, über die die Heterogenität der Gesellschaft in der vorliegenden Arbeit erfasst wird. Auf der konzeptionellen Grundlage politischer Milieus werden Bedingungen formuliert, die bestimmen, unter welchen Umständen die jeweilige milieuspezifische Teilhabe an öffentlicher Kommunikation dazu beiträgt, dass das Verhältnis politischer Repräsentation positiv wahrgenommen wird. Anhand der Bedingungen werden schließlich konkrete Fragen zur kommunikativen Teilhabe der politischen Milieus entwickelt, die die Grundlage für die empirische Bearbeitung darstellen.

2.1 Demokratie- und öffentlichkeitstheoretische Grundlagen

Die als Volksherrschaft definierte Demokratie ist in den modernen Gesellschaften großer Flächenstaaten – wenn auch in unterschiedlichen Ausformungen – aus einem einfachen Grund immer eine repräsentative Demokratie.⁶ Da es in komplexen und großen Gesellschaften schlicht unmöglich ist, die Gesamtheit des Volkes regelmäßig zu versammeln, hat sich in modernen Demokratien das Prinzip der politischen Repräsentation etabliert (Marschall, 2014, S. 48f.; Dahl, 1989, S. 29). Die repräsentative Demokratie ist damit die

6 Das Konzept der repräsentativen Demokratie wird oftmals auch in stetiger Abgrenzung zu seinem Gegensatz, der direkten oder identitären Demokratie, definiert und beschrieben (Gusy, 1989, S. 264).

institutionelle Antwort auf die Frage nach der Selbstregulierung des Volkes. Sie ist im Laufe der Geschichte zum dominanten Modell für die Organisation und Legitimation von demokratischer Herrschaft in großen Flächen- bzw. Nationalstaaten geworden (Marschall & Weiß, 2011, S. 10). In diesem Modell wird die Entscheidungsbefugnis von wahlberechtigten Bürgern auf gewählte Volksvertreter übertragen, die als politische Repräsentanten „statt des Volkes“ entscheiden, was das Volk nicht selbst entscheidet (Gusy, 1989, S. 271). Die demokratische Repräsentation stellt somit das Bindeglied zwischen den gewählten Volksvertretern und dem Volk dar und bindet zugleich die Entscheidungen der Repräsentanten an den Willen der Repräsentierten (Gusy, 1989, S. 269). In ihrer einflussreichen Arbeit formuliert Pitkin (1967) zusammenfassend, dass politische Repräsentation als „acting in the interest of the represented, in a manner responsive to them“ zu verstehen sei (S. 209; Enzmann, 2009, S. 290). Nach der klassischen Definition Fraenkels (1991), die weitaus enger gefasst ist, ist politische Repräsentation

„die rechtlich autorisierte Ausübung von Herrschaftsfunktionen durch verfassungsmäßig bestellte, im Namen des Volkes, jedoch ohne dessen bindenden Auftrag handelnde Organe eines Staates oder sonstigen Trägern öffentlicher Gewalt, die ihre Autorität mittelbar oder unmittelbar vom Volk ableiten und dergestalt dessen wahren Willen zu vollziehen.“ (Fraenkel, 1991, S. 153)

Dem darin ausgedrückten offensichtlichen Widerspruch zwischen dem Anspruch der Demokratie, eine Volksherrschaft zu sein, und der notwendigen Delegierung der politischen Entscheidungsgewalt an wenige politische Repräsentanten, wird durch freie, allgemeine, geheime und gleiche Wahlen begegnet. Sie erfüllen den Zweck, die politischen Repräsentanten an den Willen des Volkes rückzubinden (Gusy, 1989, S. 275). In periodischen Abständen besteht für die wahlberechtigte Bevölkerung die Möglichkeit, per Abstimmung darüber zu entscheiden, von wem ihre Anliegen und Interessen vertreten werden sollen. Gleichzeitig geben sie damit darüber Auskunft, ob ihre

Anliegen bislang hinreichend vertreten wurden. Insgesamt geht die Staatsgewalt damit zwar noch vom Volk aus, sie bleibt jedoch nicht beim Volk (Gusy, 1989, S. 264).

Durch die allgemeinen Ausführungen zur demokratischen Repräsentation wird schnell deutlich, dass dem Konzept politischer Repräsentation stets die Unterscheidung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten inne wohnt, die eine spezifische Relation voraussetzt (Gusy, 1989, S. 267). Betrachtet man demokratische Repräsentation über das Verhältnis von Repräsentierten und Repräsentanten, so wird deutlich, dass dieses vor allem durch „responsives Handeln der Gewählten gegenüber ihren Wählern“ bestimmt ist (Kevenhörster, 1998, S. 292). *Responsivität* wird dabei als Umsetzung (mindestens aber als Beachtung) der seitens der Bürger eingebrachten Anforderungen verstanden. Responsivität ist daher eng mit einer möglichen Kontrolle der Repräsentanten verbunden – setzen sich die Volksvertreter nicht für die Anliegen der Bürger ein, werden sie vermutlich nicht noch einmal gewählt. Das Entscheidungshandeln der Repräsentanten selbst soll in anderer Richtung am Gemeinwohl orientiert sein und ist dabei auf das *Vertrauen* der Bürger angewiesen (Marschall & Weiß, 2011, S. 10f.; Pitkin, 1967, S. 209). Sofern man Repräsentation als reziproken Prozess der Vertrauensbildung auffasst, setzt er auf der Seite der Repräsentierten Vertrauen in die Gemeinwohlorientierung der politischen Führung, auf der Seite der Volksvertreter die Bereitschaft voraus, Vertrauen nicht zu missbrauchen und eben responsiv zu handeln. Sollten sich Bürger nicht ausreichend gut von ihren gewählten Repräsentanten vertreten fühlen, besteht durch Zustimmung oder Ablehnung bei der nächsten Wahl die Möglichkeit der Sanktionierung (Marschall & Weiß, 2011, S. 11).

Die politische Repräsentation als Verhältnis zwischen dem Volk und den Repräsentanten des politisch-administrativen Systems ermöglicht den Volksvertretern, im Interesse und mit Zustimmung der Bürger kollektiv ver-

bindliche Entscheidungen zu verhandeln und zu treffen. In modernen Gesellschaften wird die repräsentative Vertretung von (Gruppen-)Interessen allerdings nur dann möglich, wenn Einzelinteressen aggregiert werden (Kevenhörster, 1998, S. 293f.). Das Prinzip der Repräsentation erfordert daher „ein Geflecht von Organisationen, die diese Interessenvertretung ermöglichen und ein Kommunikationsnetz zwischen Repräsentanten und Repräsentierten aufbauen“ (Kevenhörster, 1998, S. 293). Neben den im politisch-administrativen System verankerten institutionalisierten Interessenvertretern, wie etwa Parteien oder Verbände, ist dafür vor allem die politische Öffentlichkeit verantwortlich.⁷ Für die politische Repräsentation ist es essenziell, dass ein dauerhafter informativer und kommunikativer Austausch zwischen den Repräsentanten und dem repräsentierten Volk erfolgt, der es den Bürgern ermöglicht, die Leistung der politischen Repräsentanten zu beobachten und zu beurteilen: „*Repräsentation setzt Kommunikation voraus*“ (Kevenhörster, 1998, S. 292; Hervorhebung im Original). Den Raum für den skizzierten kommunikativen Austausch bildet die Öffentlichkeit. Nach Klier (1990) ist Öffentlichkeit „der Ort, an dem sich ‚Demokratie‘ in jeder Hinsicht zeigen und beweisen muss“ (S. 23). Neben öffentlicher Kommunikation stehen für die Rückbindung der politischen Repräsentanten an die Anliegen der Bürger selbstverständlich auch verschiedene andere Organisationen zur Verfügung (vor allem Parteien und Verbände). Die Öffentlichkeit kann jedoch als das zentrale, verbindende Element zwischen der Volkssouveränität der Demokratie und der politischen Repräsentation gelten. Das Prinzip der politischen

7 Öffentlichkeit ist dabei aber auch für die „klassische[n] Elemente des intermediären Sektors“ relevant: namentlich für Parteien und Verbände als Organisationen der Interessensvermittlung (Neidhardt, 2010, S. 27). Ohne Öffentlichkeit avancierten Parteien und Verbände zu im Verdeckten agierenden Lobbyisten partikularer Interessen und ohne sie würden Wahlen zu willkürlichen Entscheidungen. Erst durch die Etablierung von öffentlicher Kommunikation kann sich im Austausch von Fragen, Forderungen, Selbstdarstellung und Argumenten das gesellschaftliche Informationsniveau entwickeln, das den Bürgern hilft, rationale Wahlentscheidungen zu treffen (Neidhardt, 2010, S. 27).

Repräsentation ist somit substanziell mit dem Prinzip der Öffentlichkeit verknüpft. Die intermediären Strukturen der Öffentlichkeit „vermitteln demokratische Gesellschaften mit sich selbst“ und binden kollektiv verbindliche Entscheidungen der Herrschaftsträger an die Interessen und Meinungen der Bürger (Neidhardt, 2005, S. 22). Folglich muss Öffentlichkeit in beide Richtungen wirksam werden. Politikvermittlung, die auf das Gemeinwohl ausgerichteter, repräsentativer Entscheidungshandeln kommunikativ erklären und legitimieren soll, verläuft dabei *top-down*. Ohne kommunikative Begründungsleistung entbehrt das Handeln politischer Repräsentanten in der repräsentativen Demokratie der Legitimität (Helms, 2007, S. 113). Insbesondere – aber nicht nur –, wenn die kollektiv bindenden Entscheidungen nicht im Sinne mehrheitlicher Interessen in der Gesellschaft ausfallen, sind die Entscheidungen begründungspflichtig. Die Begründung der Entscheidungen, die die Volksvertreter für die Gesamtheit der Gesellschaft treffen, trägt zu einer vertrauensbildenden Politikvermittlung und somit letztlich zur Legitimation der repräsentativen Demokratie bei (Marschall & Weiß, 2011, S. 11). Von existenzieller Bedeutung für die Wahrnehmung der Repräsentation ist die Öffentlichkeit ebenfalls in umgekehrter Richtung. Denn dort fällt der Öffentlichkeit die Aufgabe zu, Problemdefinitionen, Interessen, Erwartungen und Positionen, die innerhalb der gesellschaftlichen Basis entstehen, auf die Tagesordnung des politisch-administrativen Systems zu setzen. Die Aggregation und Artikulation von gesellschaftlichen Interessen verläuft *bottom-up* in Richtung der politischen Repräsentanten (Marschall & Weiß, 2011, S. 11).

Aber wie sollte der Austausch öffentlicher Kommunikation ausgestaltet sein? Wie kann eine vertrauensvolle und responsive Politikvermittlung zwischen Bürgern und Volksvertretern, sprich zwischen politischem System und gesellschaftlicher Basis, ermöglicht werden? Und wie kann öffentliche Kommunikation den Bürgern die Möglichkeit eröffnen, die Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse zu beobachten? Genau mit diesen Fragen beschäftigt

sich die Theorie der Öffentlichkeit. Die normative Vorstellung über die Ausgestaltung der Öffentlichkeit – die am ehesten geeignet erscheint, um ihre demokratischen Funktionen einlösen zu können – ist dabei untrennbar mit der ihr zugrunde liegenden Vorstellung von Demokratie verknüpft.

„Democratic theory focuses on accountability and responsibility in the decision-making process; theories of the public sphere focus on the role of public communication in facilitating or hindering this process.“ (Ferree, Gamson, Gerhards & Rucht, 2002, S. 289)

In der vorliegenden Arbeit bezieht sich die Betrachtung der Öffentlichkeitstheorie hinsichtlich ihrer Bedeutung für das politische Repräsentationsverhältnis zwischen Bürgern und politischen Repräsentanten aus mehreren Gründen auf das *liberal-repräsentative Modell der Öffentlichkeit*, das in der Tradition der liberalen Demokratietheorie steht (ausführlich Martinsen, 2009, S. 43ff.) und vor allem von Gerhards & Neidhardt (1990) formuliert wurde (auch Neidhardt, 1994; Gerhards, 1994). Im Folgenden wird die Wahl des liberalen Öffentlichkeitsmodells anhand seiner demokratietheoretischen Fundierung begründet.

Um die Bedeutung der Teilhabe an öffentlicher Kommunikation für die politische Repräsentation beurteilen zu können, ist es sinnvoll, einen normativen Demokratie- und Öffentlichkeitsbegriff zu verwenden. Anders als empirische Theorien dienen normative Ansätze in ihrer Gesamtheit in erster Linie nicht nur dazu, Besonderheiten und Merkmale existierender Systeme öffentlicher Kommunikation bzw. Mediensysteme zu analysieren und zu beschreiben. Vielmehr geben sie „ideale Merkmale öffentlicher Kommunikation an, spezifizieren Bedingungen ihrer Verwirklichung und ermöglichen eine kritische Bewertung tatsächlicher Kommunikationsverhältnisse“ (Wessler & Rinke, 2013, S. 638). Trotz ihres normativen Charakters sind die Öffentlichkeitstheorien so empirisch anschlussfähig. Zumeist wird dabei nicht geprüft, ob und inwieweit (in der Wirklichkeit) von einem geschlossenen Idealmodell abgewichen wird, es werden vielmehr einzelne normative Kriterien

formuliert und als „Messlatte“ zur Problemdiagnose und Bewertung der „empirische[n] Beschaffenheit von Öffentlichkeit(en)“ herangezogen (Wessler & Rinke, 2013, S. 640; Schulz, 2011, S. 320).

In der Literatur werden üblicherweise vor allem zwei normative, aber grundlegend verschiedene Konzeptionen von Öffentlichkeit unterschieden: das deliberative und das liberal-repräsentative Konzept der Öffentlichkeit (Neidhardt, 1994; Gerhards, 1997; Ritzi, 2014, S. 180; Martinsen, 2009, S. 45).⁸ Gemeinsam ist beiden Konzepten, dass sie Öffentlichkeit ausschließlich als politische Öffentlichkeit verstehen. Dies soll auch im weiteren Verlauf dieser Arbeit so sein. Darüber hinaus weisen die Modelle allerdings elementare Differenzen auf. Das deliberative, normativ anspruchsvollere Öffentlichkeitsmodell betont die unmittelbare demokratische Meinungs- und Willensbildung der Bürger in der freien öffentlichen Debatte. Es stellt mit der Forderung nach Deliberationen, die sich in ihrer Form an einen herrschaftsfreien Diskurs annähern sollen, besondere Anforderungen an die Qualität der (öffentlichen) Kommunikation und an ihr Ergebnis (Habermas, 1994, S. 370ff.; Martinsen, 2009, S. 50; Wessler & Rinke, 2013, S. 638f.). Hingegen vollzieht sich nach dem liberalen Verständnis die demokratische Meinungs- und Willensbildung mittelbar über Repräsentation (Wessler & Rinke, 2013, S. 638f.). In den Überlegungen zum liberalen Modell der Öffentlichkeit bilden damit Wahlen das Kernstück der demokratietheoretischen Überlegungen (Martinsen, 2009, S. 46, S. 49). Das liberal-repräsentative Öffentlichkeitsmodell bezieht sich somit stärker auf einen Minimalkonsens der Demokratie, der innerhalb der Demokratietheorien ausgemacht wird. Dieser kann über

8 Neben dem *liberal-repräsentativen* und dem *deliberativen* Modell (zum Teil auch als *diskursiv-republikanisch* bezeichnet) wird zudem wenigstens eine weitere Variante (Wessler & Rinke, 2013; Martinsen, 2009; Ritzi, 2014), zum Teil aber auch zwei weitere Formen von Öffentlichkeitskonzepten unterschieden (Ferree, Gamson, Gerhards & Rucht, 2002). Neben den genannten Modellen werden dann das *partizipatorisch-liberale* sowie das *konstruktivistische* Modell gegenübergestellt (Ferree, Gamson, Gerhards & Rucht, 2002). Auf die letztgenannten Ansätze (und weitere zum Teil modifizierte Varianten) kann und soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

die Prinzipien der Gleichheit, im Sinne freier und gleicher Beteiligungschancen, und der Freiheit, im Sinne der Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit, bestimmt werden (Christians et al., 2009, S. 91; Christiano, 1996, S. 4; Hoffmann & Steiner, 2006, S. 82; Gerhards, 1998a, S. 31). Durch den Bezug auf diese basalen und konstituierenden Merkmale der Demokratie weist das liberal-repräsentative Modell demnach eine „hohe Affinität zu der gegenwärtigen Verfasstheit politischer Systeme in der westlichen Welt“ (siehe Ausführungen zur Repräsentation) auf (Martinsen, 2009, S. 46). Die vorliegende Arbeit untersucht, welche Bedeutung die Teilhabe an öffentlicher Kommunikation für die politische Repräsentation von politischen Milieus in Deutschland hat. Da sie sich nicht als Beitrag der demokratie- und öffentlichkeitstheoretischen Debatte versteht, kann die Nähe zur Verfasstheit des politischen Systems so durchaus als Argument für die Wahl des liberalen Modells der Öffentlichkeit gelten. Letztlich gilt für die Entscheidung für das liberal-repräsentative Modell zudem eine Begründung, die Hoffmann & Steiner (2006) zwar für ein Problem angeben, das ein wenig anders gelagert ist, die aber auch auf das Anliegen der vorliegenden Arbeit zutrifft.⁹ Die liberale Auslegung stellt in Bezug auf die „Minimalbedingungen demokratischer Herrschaft“ eine notwendige (aber eben nicht hinreichende) Bedingung für das diskursiv-republikanische Verständnis dar (Hoffmann & Steiner, 2006, S. 81). Eine Prüfung der anspruchsvollen republikanischen Konzeption würde sich demnach erübrigen, wenn schon die „bescheideneren liberalen Ansprüche“ nicht erfüllt werden sollten (Hoffmann & Steiner, 2006, S. 83; Tobler, 2010, S. 44f.).

⁹ Hoffmann & Steiner (2006) beurteilen die „Demokratieverträglichkeit“ politischer Kommunikationsberatung anhand von Maßstäben, die sie aus dem liberalen Modell der Öffentlichkeit ableiten (S. 79).